

Jeder Dritte will Vereinigung beider großer Kirchen

Katholiken wünschen sich das öfter als Protestanten.

? Jeder dritte Bundesbürger (31 %) ist dafür, dass sich die evangelische und die katholische Kirche zu einer gemeinsamen christlichen Kirche vereinigen. Das ergab eine Umfrage des Markt- und Sozialforschungsinstituts INSA-Consulere (Erfurt) im Auftrag von idea. Fast ebenso groß ist mit 28 % die Zahl der Befragten, die nicht dieser Ansicht sind. 31 % wussten keine Antwort, 11 % machten keine Angabe. Der Wunsch nach einer Einheit der beiden großen Kirchen ist bei jüngeren Befragten deutlich geringer als bei älteren: Während sich in der Gruppe der 18- bis 29-Jährigen nur 23 % dafür aussprachen, waren es bei den über 60-Jährigen 40 %. In den westlichen Bundesländern wünschen sich 32 % der Befragten eine gemeinsame christliche Kirche, im Osten sind es nur 26 %. Bei den Anhängern der politischen Parteien sind die Wähler der SPD am häufigsten dafür (39 %), gefolgt von CDU/CSU (37 %), FDP (36 %), Bündnis 90/Die Grünen (35 %), Linken (32 %) und AfD (27 %). ●

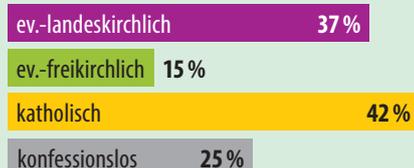
Eine christliche Kirche?

Die evangelische und die katholische Kirche sollten sich zu einer gemeinsamen christlichen Kirche vereinigen.

gesamt



Stimme zu – nach Konfessionen



© ideaGrafik; Quelle: INSA; 2.084 Befragte

Bischof i. R.: Pluralität ist keine Gefahr

Huber äußerte sich beim AEU in einer Diskussion mit Robert Habeck.



GESELLSCHAFT Der frühere EKD-Ratsvorsitzende, Bischof i. R. **Wolfgang Huber** (Berlin), hat dafür plädiert, Pluralität in Kirchen nicht als Gefahr oder Risiko anzusehen. Sie sei eine Bedingung, gemeinsam die besten Wege herauszufinden. Huber äußerte sich bei einer Diskussion mit dem Bundesvorsitzenden der Grünen, **Robert Habeck**. Sie fand im Rahmen der Online-Konferenz „Purpose 2020“ (Daseinsinn) des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer (AEU/Karlsruhe) am 11. Oktober statt. Huber warnte vor einer bestimmten Kommunikationsform, die etwa der US-Präsident Donald Trump praktiziere. Er höre nicht auf andere, sondern texte sie nur zu. Er sehe, so Huber, das Risiko, dass sich Menschen vermehrt ausschließlich in der eigenen Blase bewegen. Das verhindere einen Austausch, und dann bildeten sich Grüppchen, die sich gegenseitig verstärkten. Das könne zu einem Fundamentalismus führen, den es in fast allen Religionen und Parteien gebe.

Mehr Niedertracht durchs Internet

Huber äußerte sich ferner zur Digitalisierung. Da gebe es viele positive Entwicklungen, etwa im Bereich der Bildung. Doch durch das Internet werde

auch die Verbreitung von Niedertracht vervielfacht. Es müsse dort klare Begrenzungen haben. Es könne nicht sein, dass Gewalt gefilmt, dann tagelang

im Netz zu sehen sei und mit der Freiheit des Internets begründet werde: „Diese Art von Freiheit macht die Freiheit kaputt.“

Habeck: Jede Gruppe hat berechnete Interessen

Der Grünen-Vorsitzende Habeck sagte, man müsse immer einräumen, dass jede Gruppe berechnete Interessen habe. Als Beispiele nannte er die Bauern in Schleswig-Holstein. Er habe in seiner Funktion als Landwirtschaftsminister (2012–2018) versucht, sich in deren Position hineinzudenken. Anfangs sei die Situation angespannt gewesen, letztlich sei man dann zusammen-

gekommen. Grundsätzlich sei Vielfalt anstrengend,

aber eine Notwendigkeit dafür, die Wirklichkeit facettenreich zu begreifen. Seine Partei sehe er, so Habeck, als „Bündnispartei“. Man müsse mit Menschen, die teilweise andere Meinungen hätten als man selbst, für gemeinsame Werte streiten.

In irgendeiner Form müsse man eine politische Kultur etablieren, „wo Kirchen, Unternehmer, Umweltprotestbewegung usw. jeweils für bestimmte Ziele zusammenarbeiten“. Es seien Bündnisse auf Zeit und für bestimmte Themen. ●



Huber



Habeck